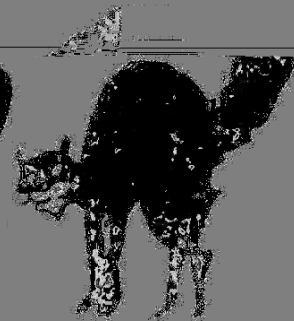


INTERHELPO

Zeitung des Bildungssyndikats Münster - Nr.7/Mai 2001



Etwas besseres als der DGB...

In Zeiten, in denen die Arbeit zum Glück „knapper“ wird, aber trotzdem jedeR arbeiten soll, in denen der globalisierte Kapitalismus den ArbeiterInnen – und nicht nur diesen – immer neue Unzumutbarkeiten aufzwängt, in Zeiten von Vereinzelung und der Zurücknahme von sozialen Errungenschaften, also kurz gesagt heute, ist es sinnvoll, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Das Gewerkschaftssystem in der BRD erkennt allerdings in der Praxis kaum Gewerkschaften an, die nicht dem DGB angeschlossen sind. Dessen Gewerkschaftsarbeit beschränkt sich aber darauf, die SPD zu unterstützen und ihre eigenen FunktionärInnen durchzufüttern und ihnen anschließend Pöstchen – na, wo wohl? – bei der SPD zuzuschustern.

Vom Klassenkampf hat sich der DGB schon lange verabschiedet, an seine Stelle ist die sogenannte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgeberlobby und dem DGB getreten, in ihrer schlimmsten Ausprägung wohl in dem unsäglichen „Bündnis für Arbeit“. Um so fataler, da der Klassenkampf faktisch nicht vorbei ist, sondern von oben mit aller Vehemenz geführt wird!

In der Praxis lassen sich genügend Beispiele anführen, die diese Kritik untermauern:

Mit der Gründung von ver.di wurde ein Dinosaurier geschaffen, der eine Vielzahl verschiedener Berufstätiger vertreten soll. Die Gewerkschaftsbasis wird darunter leiden, die Organisation in Form der FunktionärInnen wird sich einen goldenen Arsch verdienen. Fragwürdig ist ebenfalls die Selbstbezeichnung als Dienstleistungsgewerkschaft. Der Streik bei Lufthansa wenige Tage nach der Gründung von ver.di wird sicherlich eher die Ausnahme als der Regelfall bleiben: Eine Chance, sich in den Schlagzeilen vorzustellen, wahrscheinlich ebenso schnell vergessen wie begonnen und ohne politischen Anspruch. Anschließen läßt sich hier eine ganz allgemeine Kritik an der Streikpraxis: Gestreikt werden darf nur nach vorheriger Formulierung von Tarifforderungen, zwar abgestimmt von

der Basis, aber angeordnet von den FunktionärInnen. Alles andere sind „wilde“ Streiks und somit illegal (was scheinbar egal sein sollte). Von Solidaritätsstreiks ist kaum die Rede, von politischen Streiks gar nicht.

Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ist ein weiteres Beispiel für die Zahnlosigkeit des DGB gegenüber den Arbeitgebern. Ganze drei Forderungen von 29 wurden im Gesetzesentwurf berücksichtigt. Sobald die Arbeitgeberlobby und die Kapitalistenverbände aufschreien, macht der DGB einen Rückzieher und läßt sich auf faule Kompromisse ein. Auch hier läßt sich eine prinzipielle Kritik anschließen: Das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 ist nichts weiter als ein Beruhigungs- und Integrationsinstrument der herrschenden Klasse, das Zuckerbrot zu den Peitschenhieben. Die Betriebsräte haben danach für den „Betriebsfrieden“ zu sorgen, sind also eher Vermittler zwischen ArbeitnehmerIn und ArbeitgeberIn als Vertreter der Arbeiter eines Betriebes. Selbst wenn dem so wäre, ist unsere Kritik immer noch nicht vorbei: VertreterInnen, die am besten noch besondere Vorteile haben (Freistellung), entfremden sich von der Basis und können nicht wirklich für diejenigen sprechen, die sie angeblich vertreten.

Und noch ein Beispiel: Wie bei der Betriebsverfassungsgesetznovellierung haben sich die DGB-Gewerkschaften auch bei der Neufassung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWBG) über den Tisch ziehen lassen. Die Neuerungen bestehen im wesentlichen in einer möglichen Verkürzung (drei statt fünf Tage), wenn der/die ArbeitgeberIn eigene Fortbildungen anbietet und in einer Beschränkung der Orte, an denen die Seminare stattfinden dürfen. Aber wehe, es regt sich einmal diesbezüglich Protest von der Basis! Dann fühlen die FunktionärInnen des DGB sich ans Bein gepinkelt, weil sie doch diejenigen sind, die mit Regierung und Kapitalisten über das Gesetz reden möchten. Und statt fünf Tagen politischer Bildung, die so etwas wie (Klassen)Bewußtsein fördern können,

lernen die Bildungswilligen für den Chef, wie sie noch effektiver werden können.

Der DGB hat auch nichts besseres zu tun, als auf die aktuelle Arbeitsmarktlage zu reagieren, indem er das Unternehmertum fördert und damit ArbeiterInnen oder Arbeitslose in die Scheinselbständigkeit treibt. Mit dieser „Gewerkschafts“politik harmoniert das Verhalten gegenüber der modernen Sklavenarbeit in Form der Zeit- und Leiharbeitsfirmen. Geringstmögliche Löhne und die Nichtorganisation der in diesem Bereich Beschäftigten wird einfach akzeptiert. Das ist nicht nur reformistisch, das ist arbeiterInnenfeindlich! Während der DGB seinen Mitgliedern lieber empfiehlt, Aktien zu kaufen oder sich im Bereich des sogenannten „Neuen Marktes“ selbständig zu machen, engagieren wir uns für soziale Gerechtigkeit und menschliche Arbeitsbedingungen im Bereich der prekären Beschäftigung (s. S.2) und den Zeitarbeitsfirmen.

Der Gewerkschaftsanspruch und die Ideen der FAU als einer anarchosyndikalistischen Alternative ergeben sich fast von selber: Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft ohne faule Kompromisse, basisdemokratische Entscheidungsfindung und vertikale Organisation auf Ortsebene, die Verbindung von Betriebskämpfen und Kämpfen in unserer alltäglichen Lebensumgebung gehören zu unseren Prinzipien. Streiken wir, wann wir wollen und wie lange wir wollen, und zwar nicht für mehr Arbeit sondern gegen die (Lohn)Arbeit (s. S.4)! Statt StellvertreterInnenpolitik in Betriebsräten wie auch in der Regierung setzen wir auf die Direkte Aktion: Streik, Sabotage, Boykott etc. statt Verhandlungen mit den Bonzen.

Gewerkschaft kann nur heißen, daß alle GewerkschafterInnen sich gemeinsam für ihre Rechte einsetzen, mehr Rechte fordern und die einzige ernsthafte Alternative zum herrschenden kapitalistischen System suchen: **Die soziale Revolution!**

... ist die FAU!

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse

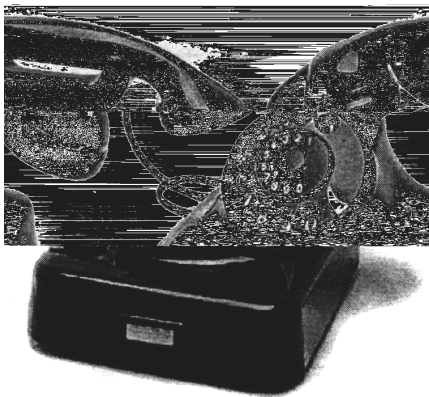
Zwei Beispiele

„Wer essen will, der soll auch arbeiten.“ So lautet nach wie vor das *Credo* des modernen Kapitalismus im Sinne der „Neuen Mitte“. Dieses abstruse Dogma ändert sich auch nicht dadurch, daß Vollbeschäftigung nach dem Motto „JedeR muß 8 Stunden arbeiten“ immer mehr die Ausnahme als die Regel ist. Daher werden immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, in denen Menschen zu meist mieseren Bedingungen ihr täglich Brot „verdienen“. Sogenannte „AusländerInnen“ (egal ob mit oder ohne deutschen Pass), Hausfrauen und SchülerInnen und StudentInnen arbeiten in solchen Jobs. Mit den aus dem Boden sprießenden Call-Centern und dem Pflegebereich stellen wir hier zwei typische Beispiele für prekäre Beschäftigung vor.

1. Call-Center

Wer sich selbständig machen möchte, geht in den Bereich des „Neuen Marktes“. Gerade in Städten wie Münster entstammen hier ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen ein und demselben Millieu, denn beide sind oftmals StudentInnen. Das ist problematisch, denn „der Chef ist ja eigentlich ganz nett“ und eigentlich möchte mensch „sowas ja selber mal gerne machen“, der Ideologie der „Neuen Mitte“ entsprechend.

Die aus dem Boden sprießenden Call-Center bieten ihre Dienstleistungen meist größeren Konzernen an und unausgebildete TelefonistInnen geben sich KundInnen gegenüber als Servicekräfte des betreffenden Betriebs, z.B. Handy-Anbietern, Banken oder Versänden aus.



Der Bereich Call-Center ist unter dem Gesichtspunkt „prekäre Beschäftigung“ besonders kritisch zu betrachten. Die ArbeitnehmerInnen hocken oft stundenlang vor Bildschirmen, ihr Arbeitsplatz ist nicht abgeschirmt vor äußeren Streßeinwirkungen, die gesetzlich vorgeschriebenen stündlichen Pausen von 5 Minuten werden aus

ökonomischen Gründen entweder nicht eingehalten oder es wird generös auf sie „verzichtet“.

Betriebliche Mitbestimmung oder gewerkschaftliche Organisation ist in diesem Bereich mindestens ein Fremdwort, wenn nicht gar ein Tabuthema, die Löhne bewegen sich im minimalen Spektrum, einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es nicht.

Die Arbeitszeiten werden im Interesse des „Kunden“ – hier ist der Betrieb gemeint, der den Service des Call-Centers in Anspruch nimmt und letzten Endes der zahlende Arbeitgeber ist – beliebig herauf- und heruntergesetzt, ohne das dies Auswirkungen auf Löhne, Freizeitausgleich o.ä. hätte.

Das Schlagwort „Flexibilität“ wird einmal mehr beansprucht, um JobberInnen auf einen solchen Arbeitsplatz zu verpflichten. Dies gilt z.B., wenn ArbeitnehmerInnen widerrechtlich mit Honorarverträgen arbeiten, obwohl sie permanent dem gleichen Arbeitgeber dienen. Hier liegt ein klassischer Fall von Scheinselbständigkeit vor. Die Vorteile für die Arbeitgeberseite liegen auf der Hand: keine Rentenbeiträge, keine Sozial- oder Krankenversicherung etc. Die FAU Münster beginnt gerade erst, sich mit diesem Bereich zu beschäftigen. Bei Interesse freuen wir uns über Mitarbeit oder weitere konkrete Informationen von ArbeiterInnen in Münsteraner Call-Centern. Wir sind gerne bereit, gemeinsam gegen konkrete Mißstände vorzugehen.

2. Pflegebereich

Da der Pflegebereich in die Kategorie der sozialen Berufe gehört, ist dies ein Moment, mit dem ArbeitgeberInnen oft die Arbeitenden unter Druck setzen. Und aufgrund des sozialen Engagements, das die meisten ArbeitnehmerInnen in diesem Bereich teilen, bis hin zum sogenannten „HelferInnensyndrom“, funktioniert das meist auch ganz gut. Pausen sind im Pflegebereich eher die Ausnahme denn die Regel, und da die zu Pflegenden nicht wie Maschinen am Wochenende abgeschaltet werden können, gilt das umgekehrte für Wochenend- und Nachtarbeit. Normalerweise natürlich ohne Zuschlag. Bundesweit scheint die Bezahlung mit 15,- DM pro Stunde Standard zu sein. Durch die Arbeit in verschiedenen Betreuungen sind die KollegInnen oftmals einander entfremdet und kennen sich nicht einmal, was eine gewerkschaftliche Organisation schwer macht, zumal wenn Betriebsversammlungen nur selten oder gar nicht vorgesehen sind.

Ambulante Pflegedienste sind spätestens seit der Einführung der Pflegeversicherung gezwungen, wirtschaftlich zu denken, sehr zum Leiden der Beschäftigten und der Be-

treuten. Da sich die Interessen dieser beiden Gruppen oftmals überschneiden, bietet es sich an, sich gemeinsam zu organisieren. Das hat den weiteren Vorteil, daß so gemeinsame Vorgehensweisen erdacht werden können. Denn natürlich streikt keinE PflegeangestellteR, wenn er/sie weiß, daß dann ein behinderter oder alter Mensch auf dem Schlauch steht.

Das Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE/FAU) Bremen versucht zur Zeit gemeinsam mit ArbeitnehmerInnen der Lebenshilfe Bremen, die dortige Situation zu verbessern. Der gemeinnützige Verein Lebenshilfe e.V. Bremen hat eine gleichnamige gGmbH gegründet und damit die Arbeit ausgelagert. U.a. führte das dazu, daß die Arbeitenden individualisierte Arbeitsverträge bekamen und somit zu sehr unterschiedlichen Stundenlöhnen (9 – 15,- DM) arbeiten. Die Forderungen der Lebenshilfe-Beschäftigten und des SLE konkret sind die Bezahlung nach BAT (Bundesangestellten-tarif) für alle, Wochenend- und Nachtszuschläge, bezahlte Feiertage bzw. Feiertagszuschläge, bezahlte Pausen, regelmäßige Information über Arbeitsrechte und Betriebs-situation, regelmäßige Fortbildungen und regelmäßige Betriebsversammlungen.

Im Vergleich zur Lebenshilfe Bremen sind die Arbeitsbedingungen bei den Ambulanten Diensten e.V. in Münster geradezu rosig: Es wird nach BAT gezahlt und Versammlungen finden statt. Eine gewählte HelferInnenvertretung hat im Vereinsvorstand dasselbe Stimmrecht wie alle anderen Gruppen.

Dennoch und sowieso haben wir mit fünf Personen die Freie Vereinigung Pflege/ Betriebsgruppe Ambulante Dienste gegründet, denn die restlichen der oben genannten Forderungen bleiben auch für die Ambulanten Dienste e.V. bestehen, wie auch die Forderung nach einer allgemeinen Lohnerhöhung. Die Freie Vereinigung Pflege/Betriebsgruppe Ambulante Dienste beteiligt sich in Zukunft an einer AG der HelferInnen der Ambulanten Dienste e.V., um diese Forderungen zu formulieren und durchzusetzen.

Kontakt zur SLE Bremen: Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen/ Freie ArbeiterInnen Union Bremen, Postfach 105674, 28205 Bremen. e-mail: sle-hb@fau.org

Kontakt zur Freien Vereinigung Pflege Münster: FAU Münster, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48163 Münster (Treffen der FAU und angeschlossener Syndikate: Di, 20.00 Uhr). e-mail: faums4@fau.org

Zur Geschichte des 1. Mai

Die Geschichte des 1. Mais als ArbeiterInnenkampfstag geht seit Beginn der ArbeiterInnenbewegung mit deren Entwicklung einher. Schon in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts kam es zu Diskussionen darum, an einem Tag kollektiv die Arbeit niederzulegen.

1884 forderten die „Föderierten Gewerkschaften und Arbeitervereine der USA und Kanadas“; daß ab dem 1. Mai 1886 der legale Arbeitstag nicht mehr als 8 Stunden zu betragen hätte.

Als dieser Tag dann kam, traten in den USA 340.000 ArbeiterInnen in den Streik, allein in Chicago waren es 40.000. Wenige Tage später fand hier das bekannt geworden Massaker vom Haymarket statt, bei dem durch einen von Provokateuren angezettelten Bombenanschlag ein Polizist um das Leben kam und in einer folgenden Schießerei 6 Polizisten und 7 oder 8 ArbeiterInnen. 30 - 40 Verletzte soll es gegeben haben.

In einem anschließenden Schauprozeß wurden sieben Anarchisten zum Tode verurteilt, in der klassischen Manier, wie es z.B. auch bei den mittlerweile rehabilitierten Sacco und Vanzetti geschah oder aktuell in den Fällen Mumia Abu Jamals oder Leonard Peltiers.

Am 14. Juli 1889 wurde auf Vorschlag der amerikanischen Delegation in Erinnerung an die Märtyrer von Chicago auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris der 1. Mai zum internationalen ArbeiterInnentag erklärt.

Das Ziel, der Achtstundentag, sollte – so die Sozialdemokraten – jedoch nicht

durch einen Generalstreik, sondern durch Verhandlungen erreicht werden. Gerade die deutsche Sozialdemokratie lehnte einen Generalstreik vehement ab. Die Resolution der SPD zum 1. Mai wurde jedoch mißverständlicherweise als Aufruf zum Streik aufgefaßt. Daß die SPD-Funktionäre diesem entgegentraten, wurde ihnen von Basis und von den Gewerkschaften allenthalben übel genommen. Während nun am 1. Mai die lokalistischen Gewerkschaften (später: FVDG) und die sozialdemokratische Opposition der „Jungen“ für den Generalstreik am 1. Mai eintraten, sammelte die SPD relativ erfolglos Unterschriften.



Die Drückebergerei der Sozialdemokraten ging noch weiter: Als 1891 von der 2. Internationale beschlossen wurde, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen, verlegte die SPD den Aktionstag in Deutschland auf den 1. Sonntag im Monat. Mit immer wieder neuen Ausreden versuchte die SPD im Folgenden, Arbeitsniederlegungen am 1. Mai zu verhindern: Die ökonomische Lage spräche dagegen, oder die „gegenwärtige Arbeitslage“ usw. Dennoch fanden jedes Jahr Streiks statt. Die Streikenden hätten allerdings der finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Gewerkschaften bedurft, was dieser ein Dorn im Auge war. Daher lehnten auch diese 1914 offiziell den Generalstreik ab, abgesehen von den lokalistischen und syndikalistischen Organisationen. Als die Nationalsozialisten nach 1933 die ArbeiterInnenbewegung weitestge-

hend zerschlugen, machten sie aus dem vormaligen internationalen ArbeiterInnenkampfstag den nationalen „Tag der Arbeit“. Als solcher steht er auch heute noch in jedem Kalender und Neofaschisten beziehen sich auf diese rein deutsche autoritäre „Tradition“.

SPD und reformistische Gewerkschaften haben nie ihren Teil dazu getan, aus dem 1. Mai, der ein Kampftag der arbeitenden Basis war, einen wirklichen ArbeiterInnenkampfstag zu machen, und das sich der DGB heute diesen Tag auf die Fahnen schreibt, ist der blanke Hohn.

Es ist allerdings auch konsequent, wenn wir uns die Schwäche des jetzigen 1. Mai anschauen: Ein offizieller Feiertag, der vom DGB für müde Kundgebungen genutzt wird und an dem Familien spazieren gehen und Jugendliche sich besaufen.

Konsequent war es, daß historisch an einem nicht offiziellen Feiertag die Arbeit niedergelegt wurde, oder in Zeiten ohne oder mit wenig Urlaub eine arbeitsfreie Woche oder gar ein Monat gefordert wurde.

Dies ist ein Punkt, an dem wir einhaken können. Ebenso müssen wir als gewerkschaftlich orientierte AnarchistInnen den 1. Mai wieder zu dem machen, was er einmal war: Dem internationalen Kampftag der ArbeiterInnenbewegung. Um dem 1. Mai seine Aussagekraft zurückzugeben, ist es auch nötig, sich nicht auf den Kampf der ArbeiterInnen und damit auf den ökonomischen Kampf zu beschränken: Wie es in Münster der Fall ist, muß es ein Tag der internationalen Solidarität sein, ein Tag nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen den alltäglichen Rassismus, den wieder aufkeimenden Militarismus, gegen das Patriarchat und für die internationale Solidarität.

Literaturhinweise:

-Halbrodt, Michael: *Generalstreik, Achtstundentag und Erster Mai. Ein Kapitel aus der radikalen Arbeiterbewegung.* Ed. Blackbox, Bielefeld 1997.

-Hausmann, Friederike: *Die deutschen Anarchisten von Chicago. Oder warum Amerika den 1. Mai nicht kennt.* Wagenbach, Berlin 1998.

-Marfolek, Inge (Hg.): *100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai.* Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M. und Wien 1990.

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

Nie wieder Arbeit!

Eine ArbeiterInnenbewegung muss gegen die Arbeit sein

In den heutigen Industrieländern ist die Arbeit mittlerweile zu einem zentralen Wert gewachsen. Statt wie in vorkapitalistischen Gesellschaften - in denen Arbeit noch als ein notwendiges Übel gesehen wurde - definieren sich die Menschen heute über ihren Beruf.

So ist die weit bekannte Frage "Was willst du einmal werden?" nicht nur eine Frage nach der künftigen Tätigkeit eines Menschen, sondern impliziert immer auch, welche Position jemand in der Gesellschaft einnehmen wird, zu welcher Klasse jemand gehört. Es gibt also eine allgemein akzeptierte "Rangordnung" der geleisteten Berufe und damit auch eine Einteilung der Menschen, die diese Berufe ausüben, in verschiedene "Schichten" - oder genauer - in Klassen. Damit einher geht eine ungerechte Verteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums, politischen Rechten und der Verteilung zu leistender Arbeit. Menschen, die aus der Arbeitswelt herausfallen - weil sie zu alt, den "falschen" Bildungsstand, den "falschen" Pass oder einfach nur keine Lust auf fremdbestimmte Arbeit haben, werden an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Doch anstatt sich gegen ein solches ausbeuterisches Arbeitsverhältnis gemeinsam zu solidarisieren und auch wieder ein Recht auf Faulheit zu fordern, ist der Kampf der ArbeiterInnenbewegung immer ein Kampf für Arbeit gewesen - zumindest im autoritären, sozialdemokratischen Flügel. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass sich der DGB z.B. in einem "Bündnis für Arbeit" wiederfindet, und auch der 1. Mai wird im allgemeinen noch "Tag der Arbeit" anstatt "Tag der ArbeiterInnen" genannt. Die Befreiung der Menschheit von der Arbeit ist seit der Industrialisierung immer mehr verdrängt worden, mittlerweile sogar zum Gegenteil verkehrt. Ein Beispiel dafür ist es, dass es für die meisten Menschen nebensächlich ist, welche Arbeit sie ausüben, für viele zählt nur: Hauptsache Arbeit.

Durch die fortschreitende Technologisierung der Arbeitsabläufe gibt es nur noch wenig Beschäftigung für immer mehr Arbeitssuchende, dafür aber immer höher werdende Anforderungen an die, die noch Arbeit haben. Maschinen werden nicht erfunden, um uns die Arbeit zu erleichtern, sondern dienen der Leistungssteigerung derer die sie bedienen, ohne auf deren tatsächliche Bedürfnisse einzugehen.



Und zudem arbeiten Maschinen zuverlässiger, länger und auch noch ohne Lohn für den Unternehmer/ die Unternehmerin. Deshalb ersetzen in allen großen und kleinen Betrieben mittlerweile Maschinen die Arbeitskraft vieler Menschen, die dann häufig zu hohen Zahlen auf die Strasse gesetzt werden. Aus Angst, selbst von so einer "Rationalisierungsmaßnahme" betroffen zu sein, oder zu wissen, dass mensch jederzeit ausgetauscht werden kann, leisten nur wenige Widerstand gegen die Arbeitsverhältnisse oder solidarisieren sich mit den immer mehr werdenden arbeitslosen Mitmenschen.

Es gibt vielmehr einen Konkurrenzkampf um die wenigen verbliebenen Arbeitsplätze, bei dem jene, die schon aus der Arbeitswelt herausgefallen sind,

als "SozialschmarotzerInnen" bezeichnet und am untersten gesellschaftlichen Rand gehalten werden. Die Gewinner bei diesem Kampf um Arbeit sind die Arbeitgeber, für die es ein Leichtes ist, die Löhne niedrig zu halten, da die Nachfrage auch nach unangenehmen Beschäftigungen groß bleibt; der gesellschaftliche Druck ist für viele einfach zu hoch, um sich gegen solche ausbeuterischen Bedingungen zu wehren. Der Wert der Arbeit in solchen Gesellschaften hat sich mittlerweile zu einem Dogma mit faschistoiden Auswirkungen gegen Arbeitslose entwickelt.

Eine wichtige Ursache, die diese drastische soziale Situation begünstigt hat, liegt sicherlich in der bodenlosen Konsumhaltung der in den Industriegesellschaften lebenden Menschen. Um diesen - luxuriösen - Massenkonsum aufrecht zu erhalten und den Profit der Reichen weiter zu steigern, ist ein hoher Grad an Selbstversklavung der ArbeiterInnen von Nöten, wogegen massiv angegangen werden muss. Denn klar ist, dass diese kapitalistische Wirtschaftsordnung jeden Tag unser ökologisches und soziales Klima mehr zerstört.

Organisiert euch selbst, leistet Widerstand und sorgt dafür, dass dieser Horror ein Ende nimmt!

Literaturhinweise:

- *Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit. Eigenverlag, Köln 1999.*
- *Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848. Edition Sonne und Faulheit, o.O.1980.*
- *Materialien zu Paul Lafargues „Recht auf Faulheit“: O.v., o.O., o.J. (evtl. Marburg 1973).*
- *Unruh, Ludwig: Hauptsache Arbeit? Zum Verhältnis von Arbeit und menschlicher Emanzipation. Syndikat A, Moers 2001.*

Kein Teller ist sicher! Der nächste Suppenspucker am 3. Mai 2001 um 18.28 Uhr im Bürgerfunk (95,4 MHz) spuckt in die Suppe der amtlichen Stadtplanung: Alternative und gewachsene Lebensräume vom Haverkamp bis Grevener Straße sind bedroht, bisher leerstehende Häuser werden von BesetzerInnen geräumt. Statt dessen werden kommerzielle Prestigeprojekte gefördert und Luxuswohnungen in Einheitsarchitektur geplant.

Das Bildungssyndikat ist eine Branchengruppe der FAU, Freie ArbeiterInnen Union. Das Bildungssyndikat Münster und die FAU-Ortsgruppe treffen sich jeden Dienstag von 20 bis 22 Uhr im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. E-Mail: bsyms@fau.org. Netz: <http://fau.org/bsv/muenster>.